



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 13.03.2023

Stadt München positioniert sich klar gegen antisemitische und verschwörungsideologische Äußerungen von Roger Waters

Antrag

Im Olympiapark München sollen keine Konzerte stattfinden, die antisemitische Ressentiments schüren, Verschwörungsideologien verbreiten oder völkerrechtswidrige Kriege rechtfertigen. Deshalb beantragen die Fraktionen von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt folgendes:

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten bei der Regierung von Oberbayern als Aufsichtsbehörde abzufragen, ob der Antrag des Wirtschaftsreferenten in der Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 04964, der die Absage des Konzerts von Roger Waters in der Olympiahalle beinhaltet, mit Blick auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Januar 2022 (BVerwG 8c 53.20) rechtmäßig vollzogen werden kann.
2. Sollte eine Auflösung des Vertrages nicht möglich sein, so wird die Olympiapark München GmbH (OMG) gebeten, an dem Tag eines Konzertes ein deutliches Zeichen für Völkerverständigung und internationale Solidarität, gegen Antisemitismus sowie für das Existenzrecht des Staates Israel und die Souveränität der Ukraine zu setzen. Dies kann durch ukrainische und israelische Flaggen im Olympiapark oder der Olympiahalle, eine entsprechende Beleuchtung des Olympiaturms oder das Verteilen von Informationsblättern an die Besucher*innen des Konzerts beim Einlass geschehen. Sollte Roger Waters während seines Auftritts Äußerungen tätigen, die den Werten der Landeshauptstadt München entgegenstehen, so muss dies durch Vertragsstrafen oder mit einem Konzertabbruch geahndet werden.
3. Die Stadtverwaltung wird außerdem gebeten, in einem Rechtsgutachten zu klären, wie künftig Auftritte von Künstler*innen mit antisemitischen, verschwörungsmithischen oder Reichsbürgerbezügen im Münchner Olympiapark zu verhindern sind. Dabei soll dem Stadtrat dargelegt werden, welche Möglichkeiten es gibt, Verträge mit dem Management von Künstler*innen wie Roger Waters oder Xavier Naidoo erst gar nicht einzugehen. Zudem soll differenziert ausgeführt werden, welche Informationspflichten die OMG-Geschäftsführung gegenüber Aufsichtsrat und Stadtrat aktuell bereits hat und welche weitergehenden Informationspflichten künftig etabliert werden können.

Begründung

Der Sänger Roger Waters schürt immer wieder antisemitische Ressentiments und tritt mit verschwörungsideologischen Äußerungen in Erscheinung – auch bei seinen Konzerten. So ist auf der aktuellen Tour vor den Konzerten über der Bühne zu lesen: „If you're here because you like Pink Floyd but you can't stand Roger Waters' politics, fuck off to the bar.“ Neben seinem Engagement für antisemitische Boykott-Kampagnen gegen Israel fantasiert er von einer „ungemein mächtigen jüdischen Lobby“ oder zieht Parallelen zwischen Israel und dem Nationalsozialismus. Neuerdings verbreitet er zudem Verschwörungsideologien, die den brutalen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine relativieren und rechtfertigen.

Die Landeshauptstadt München stellt sich klar gegen jede Form von Antisemitismus, Verschwörungsideologie oder die Legitimierung des brutalen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Sie ist sich ihrer historischen Verantwortung bewusst und hat vor kurzem mit Be'er Sheva in Israel eine neue Städtepartnerschaft begründet. Gerade an einem sensiblen Ort wie dem Münchner Olympiapark, wo am 5. September 1972 ein palästinensisches Terrorkommando die israelische Mannschaft überfallen hat und in der Folge elf Mitglieder des Teams und ein Polizist ermordet wurden, ist eine Provokation durch Antisemitismus oder Kriegshetze nicht hinzunehmen.

Daher muss die Olympiapark München GmbH alle Möglichkeiten nutzen, den bestehenden Vertrag mit der Konzertagentur FKP Scorpio aufzulösen, so wie dies aktuell in Frankfurt ebenfalls versucht wird. Sollte auch aufgrund der juristischen Interpretation des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts eine Vertragsauflösung nicht möglich sein, sind am Tag des Konzerts eindeutige und klar sichtbare Formen der Distanzierung durch die OMG dringend geboten. Diese sollen in erster Linie ein Zeichen setzen gegen Antisemitismus, gegen Angriffe auf das Existenzrecht bzw. die Souveränität Israels und der Ukraine sowie gegen demokratiefeindliche Verschwörungsideologien. Durch eine entsprechende Beflaggung soll zudem die Solidarität mit unseren Partnerstädten Be'er Sheva und Kyiv sowie mit allen demokratischen Kräften in Israel und der Ukraine zum Ausdruck kommen.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Dominik Krause
Mona Fuchs
Sebastian Weißenburger
Clara Nitsche
David Süß
Sibylle Stöhr

SPD/Volt-Fraktion

Anne Hübner
Christian Müller
Kathrin Abele
Julia Schönfeld-Knor
Nikolaus Gradl
Felix Sproll
Simone Burger